

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Postbezugsstelle, Nr. 2, 10, monatl. 70 Pf. durch die Post bezogen bezgl. und 14 Pf. monatl. Vierteljahr: der Abholungs u. d. Exped. Nr. 2, 10 bezogen 90 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Druck und Papier nicht inbegriffen. — Für unzeitige Geldsendungen wird keine Gewähr gegeben. — Erfüllungsort: Merseburg. — Druck: 100. Verlagsstelle: Poststr. 4.

Kreisblatt

Verlagspreis für die emp. Stelle oder deren Raum 30 Pf. für Ort- u. kleine Anzeigen, Anzahl und Familie betg. 30 Pf. Die Werbung für die laufende Belegzeit abgerechnet. Jede Anzahl wird von Vereinen aus einem Kreisbezirk einbezogen. — Sommerzeit und Sommerzeit. — Verlagspreis 75 Pf. — Zifferdruck und Vervielfältigung extra.

Zeitung für Stadt u.



Kreis Merseburg

Amtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 13.

Mittwoch, den 16. Januar 1918.

158. Jahrgang

Amtliche Anzeigen

Seite 4 betr.:

1. Desentliche Anzeigen im Jahre 1918.
2. Genehmigung der Kaiser-Geburtsstags-Spende für deutsche Soldatenheime an der Front.

Tageschronik

Bestrebende Lösung der Krise. (S. Weil.)
Ärztliche Zurückweisung der russischen Unversöhnlichkeit in Brest durch General Hoffmann.
Kalebin will sich vertragen, wenn ihm Kaledinien überlassen wird.
Callaux verhaftet.
Revolutionssang in England.
Wieder 21 000 T. U-Bootsbeute.
Kapitän von Müller in Rotterdam.

Dämmerungsercheinungen.

Der französische Minister des Aeußern, Pichon, hat in seiner letzten Kammerrede ein bemerkenswertes Geständnis gemacht, das auf die Parteien dort wie eine Senfation ersten Ranges gewirkt und große Lärmjournen ausgelöst hat. Der politische Instinkt ist in Frankreich in allen nationalen Fragen stark entwickelt, jedoch es nicht wundernehmen wird, wenn die bemerkenswerteste Stelle von Pichons Eröffnungen durch die Kammer sofort lebhaft unterfritten wurde.

Pichon stellt mit, daß er beim Verbands eine gemeinsame Erklärung auf das Friedensangebot des Verbundes von Brest-Litowsk angeregt hätte. Sie ist aber von Washington und London abgelehnt worden. Grundfällige Verschiedenheiten der Auffassung seien innerhalb des Verbandes indes nicht vorhanden.
Die Kammer gerät auf diese Mitteilungen hin in die höchste Erregung und verlangt nachdrücklich die Bekanntgabe der gesamten, hierauf beschlossenen diplomatischen Korrespondenzen, was wieder von Pichon emphatisch abgelehnt wurde.

In der Tat ist die Angelegenheit von höchstem Interesse und nicht zu unterschätzender Bedeutung. Eine gemeinsame Erklärung des Verbundes hätte eine solidarische Bürgschaft für die formulierten Friedensbedingungen bedeutet. Die Verantwortung durch jede einzelne Entente macht jedweden Genossen eine Hand in der Aufstellung und Ausfertigung der von ihnen formulierten Bedingungen und alles dessen, was man zwischen ihren Zeilen lesen will und kann. Und just die französischen Kriegesziele wurden von Wilson und Lloyd George mit bemerkenswerter Verschiedenheit erörtert. Welche Macht haben behandeln den französischen Soldaten mit großer Höflichkeit und schmeicheln der französischen Eitelkeit mit süßlichen Worten. Indes auch in dieser Hinsicht schon ein bemerkenswerter Unterschied zwischen Wilson und George. Des ersten Ton ist wesentlich wärmer als des letzteren, jedoch indes — hinsichtlich der französischen Forderungen betr. Elia-Lothringen — geben sich beide Anzeichen an Mäßigkeit und Dehnbarkeit ihrer Erklärungen kaum etwas nach. Lloyd Georges Äußerungen lassen sogar ziemlich deutlich durchschimmern, daß Elia-Lothringen u. U. der Preis sein könnte, um den für Deutschland ein Frieden mit England erhältlich sein würde. England würde mit anderen Worten aller Voraussicht nach bereit sein, sich auf Kosten der französischen Ansprüche mit Deutschland zu verständigen, wenn auf der anderen Seite dieses sich bereit zeigen wollte, Belgien herauszugeben und auf diese Weise erneut als englischen Vorkämpfer stabilen zu lassen.

Erscheint durch diese Vorgänge einerseits die Solidarität der Entente durchbrochen, so wird andererseits die Spekulation auf bestimmte Friedensbedingungen im Reich umso klarer. Das Dogma von der Notwendigkeit einer Verständigung mit England ist namentlich in plutokratischen Kreisen, deren Einfluß bei uns hoch hinaus und andererseits tief hinunter reicht, noch immer weit verbreitet, und Lloyd George weiß genau, was er tut, wenn er seine Äußerungen mit diesen Kreisen gemeinsam Äußerung auswirft.

Wenn gleichzeitig aus des englischen Staatsmannes Erklärungen die Bereitwilligkeit erhellt, in bezug auf den Diktatorn

Entgegenkommen walten zu lassen, so wird dadurch seine Tendenz wesentlich unterfritten. Allerdings werden auch jene anglophilen Kreise in Betracht ziehen müssen, daß eine Verständigung mit England nicht nur auf Kosten Frankreichs und Rußlands und nicht nur unter Preisgabe Belgiens, sondern auch nur unter Preisgabe der Türkei zu erzielen sein würde. Damit aber würden wir zwar vielleicht einem Zweipakt zwischen Frankreich und England Vorzug leisten, von dem es aber höchst zweifelhaft sein würde, ob er uns zugute kommen könnte. Denn solcher Interessen- und Gefühlsgegenstand war auch vor dem vorhanden, er ist aber überbrückt worden durch den uns so viel größeren Haß Frankreichs gegen Deutschland, ein Vorgang, der in Zukunft alle Aussicht hätte sich zu wiederholen, da ein Frieden auf Kosten Frankreichs (durch dessen erzwungenen Verzicht auf Elia-Lothringen und Abtretung wertvoller Kolonien an Deutschland) jenen Haß ins Ungemeinere vertiefen und erweitern würde.

Mit Rußlands zukünftiger Gestaltung und künftigen Verhältnis zu uns ist heute wegen der völlig ungewissen Entwicklung kaum zu rechnen. Daß die heutige Verteilung der Gewalten dort keine Aussicht auf Dauer hat, wird auch dem politisch weniger Geschulten klar sein. Nach Osten kann demnach für uns nur der Gesichtspunkt möglichst weitgehender Grenzicherung und dafür das militärische Urteil allein maßgebend sein. Ein Gleiches gilt aber auch für Belgien. Unser künftiges Verhältnis zu Belgien kann und darf nur von unseren militärischen Autoritäten bestimmt werden. Halten die Belgiers Auslieferung an Englands Einfluß für gefährlich, so hat jede andere Mäßigkeit naturgemäß zu schwächen.

In übrigen wäre ein Ende des Krieges, das mit Englands weitestlicher Mäßigkeitserklärung ausfiele, für uns so oder so eine Niederlage. Denn der Weltkrieg ist ein Kampf Englands gegen uns, um dessen Macht und Herrschaft über die Meere, über Handel und Weltverkehr zu unseren Ungunsten zu führen. Erreicht England dieses Ziel auf irgendeine Weise, so ist die Zukunft Deutschlands auf äußerste gefährdet und seine Stellung England gegenüber geschwächt, umso mehr, als der Verbund — falls Deutschland die Interessen auch nur eines seiner Bundesgenossen preisgeben würde — gesprengt werden und auch damit Deutschlands Position erheblich geschwächt erscheinen würde.

Englands Aspirationen auf Mesopotamien, Syrien und Persien gewährt lassen, heißt unseren türkischen Bundesgenossen verraten. Damit wäre das Vertrauen zur Treue Deutschlands auch bei unseren übrigen Bundesgenossen unheilbar zerstört, und wir würden uns selbst zum Spielball neuer englisch-amerikanischer Intrigen machen, die über kurz oder lang gegen uns gerichtet vernehmlich auslaufen müßten.

Darum ist Englands Niederringung durch Bezwingung seiner Heeresfront in Frankreich und Flandern und die energische Durchführung des so glänzend erfolgreichen U-Bootskrieges ein Gebot der Notwendigkeit.

Solidarisch wird indes nach wie vor von der gesamten Entente — mit Einschluß Rußlands, wie die letzten Vorgänge in Brest-Litowsk beweisen — die demokratische Offensive gegen die innere preußisch-deutsche Politik betrieben. Trifft die Reichsregierung keine wirksamen und energischen Maßnahmen, um das unerhörte und verräterische Zusammenpielen unserer radikalsten und sozialistischen Elemente mit dem unter Wilsons Leitung reifenden sozialistischen Internationalismus zu unterbrechen, so laufen wir ernstlich Gefahr, daß die inneren Feinde uns das Eigengewicht aus der Hand winden und uns einem schmachvollen Nihilismus in die Arme treiben.

Wäge die Reichsregierung die Gefahr in ihrer ganzen Größe erkennen und durch nächstschärfste Ausübung aller ihr zu Gebote stehenden Machtmittel Vorzüge treffen, daß das deutsche Volk vor diesem Selbstmord bewahrt bleibe. Es ist Gefahr im Verzuge, die nur durch eine entschlossene und kraftvolle Reorganisation beschworen werden kann, von einer solchen aber auch leicht zu beschwören ist. Erschütternde Weisungen sind durch unser jüngstes Auftreten in Brest verhängnisvolle Anfänge. Auf diesem Wege werden die Dämmerungsercheinungen in der Entente sicher zum Sonnenuntergang führen.

Die Friedensverhandlungen.

Energisches Eingreifen des Generals Hoffmann.
Brest-Litowsk, 14. Januar. Im weiteren führte Staatssekretär v. Rühlmann in der Kommission aus, daß in Ausübung des Selbstbestimmungsrechts in einem Teile der von uns besetzten

Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto zu vertretenden bevollmächtigten Körperschaften ihr Selbstbestimmungsrecht ausgeübt haben.

Hierauf erklärte Trozki: Wir können die Anwendung des Prinzips der Selbstbestimmung nicht anders anerkennen als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe äußert. Denn diese hauptsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Ausführungen entwickelte sich eine lange Debatte.

Aus den weiteren Verhandlungen stellte sich zusammenfassend der Staatssekretär v. Rühlmann fest: Trozki könne bereits die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anerkennen, wenn diese Landesbestellen in militärischer Hinsicht wären, und er würde dabei nicht auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Herr Trozki erklärte hierauf, daß Verfügungen zum Landtage, Volksvertretungen u. dergl. als Ausherrschung des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgestellt werden könnten, die aber nur Grund zur Annahme bilden, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergäbe sich die Schlußfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schöpfung eines Organs Vorbereitung liege, das die freie Abstimmung der Völker garantieren könne.

Staatssekretär v. Rühlmann stellte sich auf den Standpunkt, daß die noch abzuhandelnden streitenden Teile des Verbundes und Abgabe der Unabhängigkeitserklärungen der schon bestehenden Organe schon jetzt erledigt seien. Der abzuhandelnde Teil der Sache sei die für ihre Zukunft für gut und richtig gehalten. Sollten sich in diesen abzuhandelnden Verhandlungen hinsichtlich der Veranlassung von Grenzkorrekturen finden, so ist es nicht einschlägig, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie in anderen.

Herr Trozki glaubte in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundgedankes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen. An eine Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte Staatssekretär v. Rühlmann aus:

Ich bin gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der französischen Nationen an unseren Verhandlungen sich ermöglichen ließe.

Minister Graf Czernin äußerte sich ebenfalls seine Bereitwilligkeit, bei der Heranziehung von Vertretern der besprochenen Gebiete näherzutreten, sagte aber hinzu, er wüßte nicht zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Trozki beantragte hierauf, die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten, um sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

In der Sitzung vom 12. Januar referierte Staatssekretär v. Rühlmann das Ergebnis der vorhergehenden Beratungen und wüßte dabei Erklärungen der russischen Delegation über die Ausdrücke „Subjekte und Objekte“ der Diskussion.

Der Delegierte R. A. an eine ichung vor, daß beide Seiten in einer schriftlichen Zusammenfassung ihrer während der Diskussion entwickelte Auffassung festlegen. In Ausführung dieses Vorhabens stellte die russische Delegation fest, daß während der Okkupation weder in Polen, noch in Litauen, noch in Rußland irgendwelche demokratisch gewählte Organe gebildet werden konnten oder existieren, die Anspruch darauf erheben könnten, als Ausdruck des Willens dieser Kreise der Bevölkerung zu gelten. Die russische Regierung stütze aus der Tatsache der Ausschließlichkeit der besetzten Gebiete aus dem früheren russischen Kaiserreich keine Schlußfolgerung, die Begründung dieser Gebiete irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung gegenüber der russischen Republik auferlegen würden. Sie sehen ihre Aufgabe lediglich in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung, sowohl der inneren Staatsangehörigen wie der innerpolitischen Lage der genannten Gebiete. Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen werde den § 2 des deutschen Vorschlages vom 28. Dezember zu entnehmen haben. Rußland schlage vor, das Selbstbestimmungsrecht den Nationen zu gewähren, also auch den Teilen, die außerhalb

der Besatzungszone leben. Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollten ihrerseits kategorisch erklären, daß sie keine Ansprüche auf die Einverleibung der besetzten Gebiete oder auf Grenzkorrekturen haben. Die Abstimmung soll nach Rücksichtnahme der fremden Heere und Rückkehr der Flüchtlinge sowie der evakuierten Bevölkerung stattfinden. Der Zeitpunkt der Zurückführung der Heere soll durch eine besondere Kommission bestimmt werden, entsprechend der Lage der Transportmittel usw. Die endgültige Entscheidung über die Staatszugehörigkeit der Gebiete und ihrer Staatsverrichtungen soll durch ein allgemeines Referendum erfolgen.

General Hoffmann führte demgegenüber aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande lände und uns Bedingungen diktiert. Das ist unannehmlich. Die Tatsachen sind entgegengesetzt. Das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiete. Ich möchte dann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es Ihre Regierung im eigenen Lande nicht anwendet.

Die russische Regierung ist gegenüber uns in der Sache, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt. Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in der Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Restitutions von Rußland bereits klar und unzweideutig ausgesprochen. Aus verwaltungsrechtlichen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Rücknahme von Ausland, Litauen, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen.

Staatssekretär v. Rühlmann erklärte, daß der Vorschlag der russischen Delegation, die Delegationsen sollten sich gegenseitig formulierte Schriftsätze vorlegen, weder zur Beilegung der Verhandlungen beitragen würde, noch die Aussichten der Verhandlungen in besonders rosigem Lichte erscheinen lassen.

Hierauf erklärte Trocki, es sei nicht ihre Absicht, die Verhandlungen zu erschweren, aber sein Vorschlag wüßte zur Diskussion gestellt werden und sie würden sich das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen zu der allgemeinen Deklaration als solche oder zu Teilen derselben zurückzuführen, ohne in irgendeiner Weise der Gegenpartei eine ähnliche Behandlung der Angelegenheit aufzuzwingen zu wollen.

Staatssekretär v. Rühlmann erwiderte: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen, das Vorhandensein schriftlich formulierter ausgearbeiteter Vorschläge, denen auf der anderen Seite keine entsprechende Gegenformulierung entgegengestellt wurde, würde durchaus unerwünscht sein. Ich muß deshalb an meine Auffassung festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zu der neuen Lage eine neue Beratung der Bundesgenossen nötig ist.

Die Sitzung wurde hierauf aufgehoben. Eine neue Sitzung ist noch nicht anberaumt.

Fortschritte mit den Ukrainern?

Nach dem „Tag“ ist in Kiew-Bittowitz inzwischen in den Auseinandersetzungen mit der ukrainischen Delegation insofern ein Fortschritt erzielt worden, als die Antwort des Vierbundes auf deren grundsätzliche Erklärung vom 10. d. Mts. ihre in sechs Punkten aufgezählte Eingeborderungen unverändert gelassen habe. Die ukrainischen Delegierten hätten sich in ihrer Rückäußerung mit der Antwort zufrieden erklärt, wovon vorausgesetzt werden dürfte, daß die Frage des allgemeinen Friedens auch im Verhältnis zwischen uns und der Ukraine zunächst ausgeschlossen ist. Auch hier stehe nur noch die Frage eines Sonderfriedens zur Erörterung.

Fälcher in der P. L. A.

Die russischen Volkstommillare haben die Unrichtigkeit des P. L. A.-Berichts vom 28. Dezember v. J. bekräftigen müssen. Die Leitung der P. L. A. unterstellt dem in Deutschland berichtigten polnischen Sozialisten Sobolsch, der seinen Namen später in Radel umwanderte und dessen bewiesenes Hinatellen auf den Abbruch der Friedensverhandlungen und damit ein schnelles Ende gefunden haben dürfte. Wie weiter berichtet wird, soll Radel auch verhaftet haben, die Verhandlungen der in Petersburg zusammengetretenen Kommission für die Erörterung der Eingelagerten zu hintertreiben.

Radel ist aus der deutschen Sozialdemokratie auf dem Chemnitzer Parteitag nach langen, erregten Auseinandersetzungen, die sich noch monatelang in der sozialdemokratischen Presse fortsetzten, ausgeschlossen worden, weil er früher als Mitglied der polnischen Partei Parteigänger untergeschlagen hat. Diese Tatsache mußte Radel selbst zugeben. Radel ist, trotzdem er in der deutschen Sozialdemokratie ein großes Wort führte, wie eingeschriebenem Mitglied der Partei gewesen. Seine Anhänger fanden sich in dem am weitesten links stehenden Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Sein besonderer Freund war der bremische Reichstagsabgeordnete Alfred Henke, der auch auf dem Chemnitzer Parteitag als einziger für ihn eintrat. Ein Mitbürger jenes Beschlusses ist selbstverständlich das Reutersche Büro, von dem man annehmen muß, daß es vielleicht der Urheber und Zuträger der ganzen Fälschungsgeschichte war. Eine Veröffentlichung der Londoner „Star“ legt sogar den Schluß nahe, daß der eigentliche Drahtzieher in der ganzen Angelegenheit die englische Regierung gewesen ist.

Eine wahre Wohltat

Es das neuerliche tolle Auftreten des Generals Hoffmann in Kiew-Bittowitz. Es wirkt befremdend, wie den russischen Schwärmern die beherrschende Freiheitsmasse heruntergerissen würde. Hätten unsere Unterhändler von vornherein diesen tiefen, männlichen Ton angeschlagen, wir wären mit den Herren Russen wahrlich nicht weiter. Aber das Abschließen und Rahbdahnen der ersten Tage hat den verlegenen russischen Ober-Idioten offenbar einen Größenwahn angeeignet, daß sie durch ihre sozialistischen Mägen einschneidend hoffen, unsere Unterhändler völlig ins Wasserfalltaschen unterzersetzen. Wenn erst die Klüftung des Wasserfalltaschen unterzersetzt endlich in Frage kommt, werden die Herren sehr schnell andere Seiten aufgehen.

Dom Krieg und Frieden. Aus dem Westen Kalebin und Bolschewiki.

Petersburg, 13. Januar. General Kalebin hat das ukrainische Generalsekretariat in Kiew davon in Kenntnis gesetzt, daß er zur Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Bolschewiki bereit sei, wenn der Rat der Volkstommillare Garantien gibt, sich in die inneren Angelegenheiten der Don-Republik nicht einzumischen.

Der Trumpf der Maximilianen.
Stockholm, 13. Januar. Der englische Botschafter in Petersburg Buchanan erklärte gestern einem Vertreter der „Stockh. Tidn.“, nach seiner Ansicht sei es den Bolschewiki gelungen, sich eine solche Stellung zu schaffen, daß niemand sie gegenwärtig vertreiben könnte. Vor allem der Frieden und die allgemeine Kriegsmüdigkeit seien ihr Trumpf und sie wünschten am Ruder zu bleiben, bis sie alle ihre Versprechungen erfüllt hätten. Trotzdem würde die Entente sie nicht als Vertreter Rußlands anerkennen, da sie zwar die Macht hätten, aber ihre Anhänger schafften sich auf den Norden beschränkt. Ueber die Aussichten der Friedensunterhandlungen in Kiew-Bittowitz lasse sich nichts Sicheres sagen, doch arbeite Trocki mit aller Kraft an der Erreichung des Sonderfriedens. Im Großen und Ganzen müsse man sagen, daß Rußland keine Rolle als aktiver Teilnehmer am Weltkriege ausgespielt habe.

Die „freie Selbstbestimmung“ des russischen Volkes.
Petersburg, 13. Januar. (P. L. A.) Der zweite Kongreß der Bauern hat eine besondere Verordnung für die unverzügliche Ungültigkeitserklärung der Mandate aller Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung festgestellt, die gegen die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen. Die den Abgeordneten zum Kongreß ausgeschickte Verfügung enthält unter anderem den folgenden Paragraphen: In allen Gouvernements, wo die gewählten Abgeordneten zum zweiten Flügel der Partei der Sozialrevolutionäre oder einer anderen rechtsstehenden Partei gehören, die gegen die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen, müssen diese unverzüglich zurückgerufen werden, und im Falle einer Weigerung, sich zu unterwerfen, sollen gemäß dem Erlaß über die Kewschien solche angeordnet werden.

Der Kongreß der zweiten Armee hat schon beschlossene, Antifemten, Gog, Nischalcher und Koleroff, sämtlich rechtsstehende Sozialrevolutionäre, die von dieser Armee gewählt worden sind, zurückzurufen. Ähnliche Entschlüsse wurden in vielen Gouvernements gefaßt. Das Bureau des Hauptvolkskongresses schickt allen Kongressen der Gouvernements, allen örtlichen Kongressen, allen Armeekongressen vor, diese Frage auf die Tagesordnung zu setzen und einen Antrag anzunehmen, der die Zurückberufung oder Neuwahl der Abgeordneten der Rechten festsetzt. Das Bureau hat diese Maßnahme für das geeignetste Mittel, um die politischen Parteien zu bekämpfen, die sich der Verfassungsgebenden Versammlung als Waffe gegen die Regierung der Räte der Bauern, Arbeiter und Soldaten bedienen möchten. Alle darüber angenommenen Anträge und Entschlüsse müssen dem Bureau des Hauptvolkskongresses zum unzwang „заказано“ „своимъ планомъ“ Daten übermittleit werden.

Land mit Schwedisch bekräftigt.

Aus Stockholm, 11. Januar, wird der „Arenaja.“ gefaßt: Auf der Landskarpuppe ist jetzt die Bewegung zur Lösung von Finnland und Aufschließung an Schweden ernstlich in Fluß gekommen, indem dort eine Massenadresse eingereicht wurde, der finnischen Regierung überreicht wurde. Letztere wird erlucht, der Vermittlung der allgemeinen auf den Auslandsland bestehenden Forderung nach Wiederherstellung mit Schweden seine Unterstützung in den Weg zu legen. Wie bekannt, fordern neuerdings in Schweden die Anhänger eines wirksamen Vereidigungsbundes die Annaherung von Land an Schweden, was jedoch weder in den eigenen Einkreisen, noch in Finnland selbst Anklang findet. Ähnlich dagegen die aländische Bevölkerung selbst die Trennung von Finnland, falls sich dieses zum den Väneren wiedersehen. Die Finnländer ihr sich selbst den Recht in Anspruch genommen haben, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Land jedoch hat eine vollständige Schwedische Einwanderung, deren Wunsch, mit Schweden vereinigt zu werden, berechtigt erscheinen dürfte. Uebrigens sei bei dieser Gelegenheit erwähnt, daß neuerdings in Finnland Stimmung dafür gemacht wird, daß finnische Vertreter bei den Friedensverhandlungen in Kiew-Bittowitz haben müssen, Finnland einzunehmen und sich zu verschließen, also entsprechende russische Gebiete mit Finnland zu vereinigen.

Aus dem Westen Zur Kampflage.

Berlin, 14. Januar. Bei Hellerweiser lebhafter Artillerie-Tätigkeit und regem Flugverkehr trotz des schlochten Wetters hielt die feindliche Erkundungs-Tätigkeit an den einzelnen Abzweigungen der Westfront auch am 13. Januar an. So wurden auf der Bahn Voislinge-Etaden, nördlich Lens sowie nördlich Reims, hier nach etwa einhundert, feindlicher Besartzer Vorbereitung, feindliche Erkundungsvorposten abgewiesen. Auch in der Champagne vorstrebende feindliche Patrouillen wurden im Handgranatenkampf zurückgeschlagen. Dagegen holten unsere Patrouillen nördlich der Straße Villers-Armeteres 9 Engländer aus den feindlichen Gräben, brachten nördlich La Vacquerie einen englischen Offizier ein, borgen bei Villers-Guislain trotz heftiger feindlicher Gegenwirkung ein englisches Feldgeschütz und nahmen bei Juivincourt mehrere Franzosen gefangen.

Mißbrauch des Roten Kreuzes.

Neu eingegangene Nachrichten und Eingekündnisse englischer und französischer Offiziere bekräftigen wiederum, daß bei den anglo-französischen Munitionstransporten das Rote Kreuz mißbraucht wird, und daß zahlreiche Munitionslager hinter der feindlichen Front zum Schutz gegen Fliegerangriffe als Vazarette gekennzeichnet sind.

Verhaftung Caillauxs.

Paris, 14. Januar. (Havas.) Caillaux ist heute morgen verhaftet und unermäßig in das Gefängnis für Kranke übergeführt worden.

Paris, 14. Januar. Wie Havas berichtet, erscheinen alle Abendblätter mit großen Ueberflüssen und melden die Verhaftung des „Freundes Bolos“. Die Mütter sprechen

von der Auffindung eines Schließschloßes, das Caillaux in Florenz unter dem Namen Renouard in dem Finanzinstitut der Banca Italiana di Sconto habe. Nach dem „Intransigant“ hätte man in diesem Schließschloß Wertpapiere in beträchtlicher Höhe und Papiere gefunden, deren Bedeutung unbestreitbar (II) sei. Das Blatt fügt hinzu, es sei ein Schriftstück in die Hände der Militärgerichtsbarkeit gelangt, dessen Bedeutung und Wichtigkeit nicht gefaßte Caillaux länger auf freiem Fuß zu belassen. (Ganz wie das Vorwort von Dreyfus.)

Revolutionärsführer in England.

In einem „Die Gefahr von 1918“ überfahrenden Artikel weist Horatio Bottomley in „John Bull“ auf die drohende Revolution in England infolge Hungers und in. Er schreibt: Keuch spricht sich mit Lord Ribblesdale im Lebensmittel-Ministerium. „Hier“, sagte er, „wird der Krieg gewonnen werden.“ „Oder verloren werden“, erwiderte er, „wahrschijnlijk, so ist es. Das Nahrungsproblem ist die Gefahr von 1918 — und was tun wir, um sie zu bekämpfen? Nichts! Und die Gefahr ist Revolution. Warum die Worte wagen? Es herrscht eine häßliche Stimmung in Lande — und der Staatsmann, der das nicht weiß, ist ein Narr. Der Boden ist mit weichen Schnee bedeckt; leicht uns zusehen, daß er nicht rot gefärbt wird. Ich bin kein Engländer, aber ich lese die Zeichen und Vorbedingungen und sehe den alten Demos neue Zeichen reden und sich die Augen reiben — und ich möchte ihm im Zaume halten.“ Ich habe darüber nachgedacht und einen Brief an den Herrn Minister geschrieben, in dem ich folgende Stellen befinde: „Die Lage ist ernst. Das grimmige, hohere Gesicht der Hungersnot spukt in den Säulern der Armeen. Es liegt zwar keine Gefahr der Hungersnot vor dem Sinne einer Unzulänglichkeit von Nahrung für alle. Aber es liegt eine Gefahr des Hungers — mit allen dahingehenden Schrecken der Revolution — unter den Massen vor, wenn nicht das ganze Problem der Nahrungserzeugung, des Anbaus und der Verteilung sofort in wirksamerer Weise aufgenommen wird als bisher.“

Im seinen weiteren Bemerkungen zu dem Brief sagt Bottomley noch: „Ich schreibe mit einem tiefen Gefühl der Verantwortung, dem ich weiß Dinge, die ich nicht drucken zu lassen wage. Auch Lloyd George weiß sie. Die Linie, die Hunger und Anarchie voneinander trennt, ist dünn und wir kommen ihr gefährlich nahe.“

Stockholm, 13. Januar. Das hiesige „Junosocialistiska Bladet“ berichtet, interviewte in Kopenhagen die aus England heimkehrenden Volkstommillare Kischin und Petrov, welche die Lage Englands als kritisch bezeichneten. Ende 1917 erliefen harte Generalkritik, wenn die Regierung nicht auf Friedensunterhandlungen eingehen werde. Die Regierung werde hauptsächlich vom Finanzkapital und den Kriegstillen, sowie von 160 mit bezahlten Stellungen besetzten Parlamentarierbestimmern geführt. Die Demokratie ist vollständig ausgetrieben. Wirtschaftliche Verhältnisse ohne Anflage sind an der Tagesordnung. Die Volkstommillare wollen den Frieden. Zehntägiger Verhandlung lief eine mächtige Protestation hervor. Schweden fand 1000. England 600 Resolutionen innerhalb drei Wochen. An vielen Orten kam es zu Straßendemonstrationen.

Entweder Munition oder Mannschaften.

Sir Eric Geddes, der erste Lord der englischen Admiralität, gab bei der ersten Versammlung, welche zwischen Vertretern der Regierung und den Vertretern der Gewerksvereine zur Beratung der Frage des Heeresjahres stattfand, nach dem „Daily Tel.“ vom 4. Januar die Erklärung ab, daß in den letzten 6 Monaten sich die Lage durch die Bewegung in Rußland völlig geändert habe. Besten Endes würde der Ausfall durch die amerikanischen Armeen wieder mehr als ausgeglichen werden. Die Schnelligkeit, mit der diese Armeen der Front zugeführt werden könnten, hänge aber so gut wie ganz von der Frachtraumfrage ab. Infolge dessen würden in der nächsten Zeit die Hilfsquellen des Landes (Englands) erheblich in Anspruch genommen werden müssen. Zur Erlangung des Sieges sei notwendig: 1. Steigerung des Schiffbaues, 2. Ersparnis von Frachtraum, 3. Aufrechterhaltung der Armeen im Felde. Nach sorgfältiger Bearbeitung durch die Regierung sei man zu der Ueberzeugung gelangt, daß man die Armeen im Felde nur auf der Höhe erhalten könne, wenn man eine große Zahl von Leuten aus den Munitionsfabriken ausbehe.

Diese Ausführungen zeigen, wie die Frachtraumfrage, die bei Vertheilung amerikanischer Truppenverbände in großen Maßstäbe und gleichzeitig macht, entweder die englische Front oder die englische Munitionserzeugung schwächt. Dies wird umso mehr der Fall sein müssen, als es England nach den neuesten Nachrichten vorzieht, im Hinblick auf die immer größer werdende Nahrungsmittelnot Protos, treide, Fleisch und Futtermittel statt der Truppenhilfe von den Vereinigten Staaten von Amerika zu erhalten.

Kann sich England Luftangriffe auf Deutschland leisten?

„Daily Tel.“ vom 8. Januar enthält ein „Eingeländ“ des belgischen Parlamentarier R. Voblenz. Er spricht darin von dem Jahre 1917 als einem Jahre des Mangels an Erdölprodukten und industrieller Energie auf dem Gebiete des Flugwesens und wirft die Frage auf, wie denn das Jahr 1918 verlaufen werde:

Die Weltgeschichte hat noch immer gelehrt, daß ein Krieg mit dem Einsatz der dem feindlichen Lande entbehrt, diese Erfindung man jetzt auf die Luft übertragen. Sieger wird sein, wer durch die Luft in das Land des Gegners eindringen kann. Wir sind schon oft von neuen Geschwadern von Gotha-Apparaten bis zu 25 Flugzeugen Land heimgeschickt worden. Nichts ist, doch nur wenige bis London gekommen sind, aber Oker und Kent sind schließlich aus vollkommener Bundesstelle Großbritannien. Auf der anderen Seite sind wir neuerdings mit 11 Maschinen bis Manheim vorgehoben. Ich spreche hier nicht von den tatsächlichen Vorstößen gegen belgische Flugplätze, die mehr schweigen, aber wertvollen Kavallerieeinheiten gleichkommen, aber keinen strategischen Wert haben.

Der Krieg wird wahrscheinlich im Herbst zu Ende sein, aber gerade weil Deutschland noch einen Vorrat nicht ausbilden kann (?), wird es die ersten Anflügen machen, im Sommer England durch Flugzeuge zu erobern. Es kann ja London Nacht für Nacht mit Flugzeugen bombardieren, wir werden uns natürlich tapfer verteidigen aber verlieren können wir die Schläge nur durch Gegenangriffe auf die Städte an Belgien. Verbrennend ausgeht den Franzosen erhalten durch unsere Gegenangriffe an der Somme. Und so wird London gerettet werden durch Gegenangriffe auf Köln. Können wir zu etwas zu Ende bringen? Ich meine nicht Kleinliche Vorstöße mit 20 oder 30

Amfliche Anzeigen

Bekanntmachung.

Betrifft öffentliche Impfungen im Jahre 1918.

Zum Zwecke der Vorbereitung für das Impfgeschäft im Jahre 1918 hat der Ausschuss der Stenographen für die Durchführung unterbreitend den Behörden die Drischbehörden zu erfüllen. Die hierzu erforderlichen Formulare für die Drisch- und Wiederimpfungen nebst den vorläufigen Impflisten werden den Drischbehörden in den nächsten Tagen zugehen. Es sind die ersten sechs Spalten des Formulars sorgfältig auszufüllen. Aufzählungen sind:

1. die nach der Anamnese des vorhergegangenen Jahres impffähig gebliebenen Kinder,
 2. die während des vergangenen Jahres in der Gemeinde neuangetretene Kinder,
 3. die im vergangenen Kalenderjahre geborenen und noch lebenden Kinder. Zu diesem Zwecke haben die zuständigen Standesämter den Drischbehörden einen Auszug aus dem Geburtsregister zu überreichen; sie sind von mir hierzu durch Kreisstatthalteramtung bereits angewiesen.
- Die nach den vorliegenden Gesichtspunkten vollständig aufgestellten Impflisten nebst den Impflisten des Vorjahres und dem Auszuge aus dem Geburtsregister usw. sind mir bis spätestens den 15. Februar d. J. einzureichen.

Merseburg, den 11. Januar 1918.

Der Königliche Landrat.
F. v. Gronow.

Bekanntmachung.

Der Herr Staatskommissar für die Kriegswirtschaftspflege in Preußen hat nach Anhörung des Herrn Oberpräsidenten die Genehmigung der Kaiser-Geburtsstags-Geldspende für deutsche Soldatenheime an der Front" erteilt. Die verfügbaren Mittel sind aufgebracht und es gilt jetzt, nicht nur die bisher geschaffenen Beiräte für unsere kranken Frontkämpfer zu erfüllen, sondern auch den dringenden Wunsch nach weiteren Beiräten zu erfüllen. Bei der von höchster militärischer Stelle anerkannten Wichtigkeit der Soldatenheimen an der Front darf ich wohl auch diesmal auf eifrige Unterstützung der guten Sache seitens der Bewohner meines Kreises rechnen. Der Zeitpunkt der Sammlung, der am 20. und 27. Januar, bietet anlässlich des Kaiser's Geburtstages Gelegenheit, für die Soldatenheimen der erfolgreich zu wirken. Es wird daher an genannten Tagen von den Gemeindeführern eine Sammlung veranstaltet werden.

Für eine teilnehmende Kaiser-Geburtsstagsfeier wird die Geschäftsstelle der Kaiser-Geburtsstags-Geldspende für deutsche Soldatenheimen an der Front" in Berlin W. 8, Behrenstr. 20, geordnetes Quartier, bestehend aus Stiften, Kassen, Kassenbuch (Dr. Wolff), Stiftenbuch, Stiftenbuch, Stiftenbuch und Stiftenbuch unentgeltlich zur Verfügung stellen. Die Gemeindeführer bitte ich im Bedarfsfälle das Verzeichnis genannter Geschäftsstelle direkt zu beschaffen.

Merseburg, den 10. Januar 1918.

Der Königliche Landrat.
F. v. Gronow.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung in Verbindung mit dem Gesetz über den Verfassungszustand und dem Gesetz vom 11. 12. 1915 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Verfassungszustand, wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet:

Verboten ist die Ausübung der Befugnisse (Konstruktionszeichnungen, Entwurfszeichnungen, Schaltungspläne, Diagramme, Veranschaulichungen, Blaupausen usw.) ohne Genehmigung des Befehlshabenden Generalkommandos.

Zunächst beschaffen werden, soweit die Befugnisse die Befugnisse höhere Befugnisse bestimmen, mit Befugnis bis zu einem Jahre befristet. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Pacht oder Geldstrafe bis zu 1500. M erkannt werden.

Merseburg, den 10. Januar 1918.

Der stellvertr. Kommandierende General des IV. Armeekorps:
v. d. G., Generalleutnant.

Pferde-Verkauf.



Aus meiner Munitionsfabrikbetriebe sollen sofort folgende Pferde infolge von Futtermangel verkauft werden.

- 1 Paar 4-5 jährige schwere Fische, langschwänzig,
- 1 Paar 4-5 jährige braune Dänen (Stuten) langschwänzig,
- 1 Paar 4-5 jährige m'itelschwere Belgier, (braune Stuten),
- 1 Paar schwere Belgier, 8jährig,
- 1 Paar 5jährig belgische Dunkelstuthe

sowie mehrere einzeln mittelgroße Pferde. Die Pferde werden auch einzeln abgegeben, eventl. mit Gefährt, und für gesund und zugfest verkauft.

Munitions-Fuhrbetrieb Halle a. d. G.

Hallerstraße 6 u. 33. Telefon 5084.

In der Nacht vom 5. zum 6. Jan. sind uns zwei Ledertreibriemen gestohlen.

Für die Ermittlung der Täter erhöhen wir die Belohnung auf **Mk. 200.**

Stadtbrauerei Carl Berger.

Kaufe jeden Posten **Eisen** **alles** zu **höchsten** Preisen.

Auf Bestellung wird es abgeholt.

Hermann Schmidt, Halle a. S.

Verantwortliche Redaktion: Politikt: S. Walz, Totales und Vermittlungs: R.-D. Göring, Sport und Anzeigen: W. D. Schmeier.

Berlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt, S. Walz, sämtlich in Merseburg.

Heute Nacht wurde nach langem schwerem Leiden meine heißgeliebte Frau, die treusorgende Mutter meiner Kinder, unsere liebe Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frida Ziegler

geb. Brude

in die Ewigkeit abgerufen.

Scopau, den 15. Januar 1918.
bei Merseburg.

Im Namen der Hinterbliebenen
Der tieftrauernde Gatte
S. Ziegler.

Die Feuerbestattung findet Freitag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, Oertraudenriedhof Halle statt.

Für Beileidsbesuche und Blumenspenden wird gedankt.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 20. Januar bis einschl. 26. Januar 1918 werden auf den Kopf der Bevölkerung ausgeteilt:

- 75 Gramm Saug zum Preise von 18 Pf.
- 1 Suppenwürfel zum Preise von 20 Pf. auf Bezugschein Nr. 57
- 1/2 Pfund Marmelade zum Preise von 60 Pf. auf Bezugschein Nr. 58
- 50 Gramm Kaffee-Ertrag zum Preise von 40 Pf. auf Bezugschein Nr. 60

Abgabe der Bezugscheine Nr. 57 bis einschl. 60 am **Mittwoch, d. 16. und Donnerstag, d. 17. Jan. 1918.**

In der Vorkasse und Mittelhandstücke und den Gastwirtschaften sind abzugeben:

Für Mittagsessen: Bezugschein und Duntungsabschnitt Nr. 57, für Abendessen Bezugschein u. Duntungsabschnitt Nr. 58 (nicht mehr Ablieferung in Natur).

Eintreibung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 18. Januar 1918, mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware.

Der Verkauf der ausgeteilten Ware erfolgt am Donnerstag, den 24. Januar bis einschl. Sonnabend, den 26. Januar 1918 gegen Abgabe der Duntungsabschnitte.

Merseburg, den 15. Januar 1918.
R.-M. II 101/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Berein zur Förderung der Jugendpflege, e. V.

(Ortsausschuss für Jugendpflege.)

Sonntag, den 20. Januar, nachmittags von 3-5 Uhr bei geeignetem Wetter

zur Belustigung der Merseburger Jugend und ihrer Angehörigen

Konzert

auf der Eisbahn des Gotthardtteiches.

Der Preis für Benutzung der Eisbahn wird dadurch nicht erhöht.

Der Vorstand:

- Herrg. Erster Bürgermeister.
- Dr. Zanbe Oberlehrer.

Hauschlachten

wird angenommen Hofmarkt 2 (Laden).

Zugochse

Waldendorf Nr. 14.

Wer? verkauft

angebaute Schreibstühle, Chaiselongue und einig Stühle.

Angebot erlittet Leonh. Wllig, Kärntnerstrasse 4 (Zageblatt)

Kammer-Lichtspiele!!

Dienstag! Mittwoch! Donnerstag!

„Des Lebens ungemischte Freude!“

Der Roman einer Zirkusleiterin in 5 Akten. In der Hauptrolle:

„Fern Andra“

die berühmteste und genialste Bühnengröße der Welt!

Besitz eigene Film-Fabriken, eigene Rennställe, eigene Schlösser.

Sie stiftete 100 000 Mk. für die Deutsche Kriegsfürsorge.

Außerdem ein bestgewähltes Beiprogramm!

Mittwoch nachmittags ab 4 Uhr: Gr. Extra-Vorstellung m. gleich. Programm.



FERN ANDRA

Kammerrentschaltsplan 1918.

Der Entwurf des Kammerrentschaltsplans 1918 wird gemäß § 66 der Städteordnung im städtischen Rechnungsbuch nachfolgend veröffentlicht. Zimmer Nr. 8, 9 vom

16. Januar 1918 an

an 8 Tage zur Einsicht für alle Bewohner der Stadt offengelegt.

Merseburg, den 15. Jan. 1918. R.-M. 14/18. Der Magistrat.

Bienenhonig.

Es steht uns eine beschränkte Menge echter Bienenhonig zum Preise von 12. M für das Pfund zur Verfügung, der in jeder Hinsicht an Frische und Ausbeute gelangen soll. Die Haushaltungen haben ihren etwaigen Bedarf bis Sonntag, den 10. Januar 1918 abends in der städtischen Lebensmittel-Verteilungsstelle, Gr. Ritterstr. Nr. 5 anzumelden.

Merseburg, den 15. Jan. 1918. Das städt. Lebensmittelamt. R.-M. II. 13/18.

Pflaumenbäume.

Durch Vermittlung des Herrn König Landrats ist es der Stadt möglich, im Herbst 1918 gute, gesunde, traubere Pflaumenbäume zu liefern. Bestellungen hierauf werden bis Sonntag, den 19. Januar 1918 im Geschäftszimmer des Magistrats, Rathaus 2. Obergesch. Zimmer Nr. 18 entgegengenommen.

Merseburg, den 13. Jan. 1918. R.-M. II. 510/18. Der Magistrat.

Grüdwurft.

Am Mittwoch, den 16. Jan. 1918, nachmittags von 4-7 Uhr, wird an die Merseburger Einwohner auf Marie Nr. 32 der Grüdwurft für 1/2 Pfund Grüdwurft zum Preise von 50 Pfennig abgegeben.

Zur Regelung des Verkehrs geschieht die Ausgabe in nachfolgender Reihenfolge: in jedem Hause Nr. 16 für die Inhaber der Grüdwurftarten Nr. 601-1400 im Laden an der Geisel Nr. 2 für die Inhaber der Grüdwurftarten Nr. 1401-2200 im Laden bleibt es beim bekannten Verfahren.

Zur schnelleren Abwicklung des Verkehrs wird erucht, das Geld (50 Pfennig für 1/2 Pfund Grüdwurft) abgeholt bereit zu halten.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Grüdwurft nicht geordert und abgegeben werden darf. Das nötige Stichen vor den Verkaufsstellen während der Ausgabe ist, da zweifels, zu unterlassen.

Merseburg, den 15. Jan. 1918. Das städt. Lebensmittelamt. R.-M. I. 77/18.

Gut möblierte

4-Zimmerwohnung mit Küche und allem Zubehör zum 1. 4. 18. zu vermieten. Fr. Dr. Gwallig Bismarckstr. 1.

Freiwillige- und Nachlassanktion.

Sonnabend, den 19. Januar d. Js. werde ich von vorn 10 Uhr an im Gasthof zur goldenen Linde hier folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Veräußerung zu verkaufen, zum Verkauf kommen:

- 8 Kleiderbänke, 1 Kleiderbügel, 1 Kommode in Aufsatz, 1 Sofa, 5 Stühle, 2 Waschbänke, 12 Stühle, 1 Nachttisch, 2 Beistühle m. Blattrag, 2 andere Beistühle, 1 kleine Bettstelle, 1 Nähmaschine, 1 Handabwischrolle, 1 ar. Wiegemeßer, Spiegel, Waschtische, Kleiderhalter, Gefäße sowie viel anderes Haus u. Küchengerät u. große harte Setze, 1 großes 12 mtr. langes Tau, Vogelhäuser und verschiedenes andere.

Zu Anträge Albert Franke scidierter Auktionator

Wohnung

6 Zimmer und Zubehör, geheizt, Oferten unter H. 9 an die Expedition dies. Blts.

Kaufmännische Lehrling

Sohn adäquater Eltern, welcher eine Schulbildung besitzt, stellt ein am 1. April 1918

Merseburger Waagenfabrik H. Dresdener.

Lehrling

unter günstigen Bedingungen. Größt Heine, Goldschmid.

einen Lehrling

gegen angemessene Entschädigung.

Arthur Kornacker.

Fabrikwächter

sobald bei hohem Lohn gesucht. Zu melden beim Portier.

C. W. Julius Blande u. Co.

G. m. b. H.

Küchen-Mädchen

Krankenhaus Merseburg.

Suche für meine Tochter, welche 17 Jahre die Schule ver- Stellung, wo lieblich, läßt, wo selbige sich am Haushalt und Geschäft beteiligen kann. Schön, Wohl- oder Wohnort in Merseburg bevorzugt. Offert an Frau Elsa Schmidt, Langgäßchen (N. d. Merseburg) Str. 127 a. 1.

Beilage zu Nr. 13 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt

Mittwoch, den 16. Januar 1917.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Die Verhandlungen in Berlin

Schienen im allgemeinen einen günstigen Verlauf genommen zu haben. Gutem Vernehmen nach sind die sensationellen Nachrichten des „Berl. Tgl.“ über eine Rangeliererei völlig grundlos. Das „Aranstein“ des Grafen Hertling ist erlogen. Die Verhandlungen zwischen dem Kaiser, dem Kronprinzen, Hindenburg, Ludendorff, dem Grafen Hertling und Freiherr v. B. Busche haben in einer von strengster Sachlichkeit und gegenseitigem Vertrauen getragenen Weise einen ausgezeichneten Verlauf genommen und zu wichtigen Beschlüssen geführt, die sich voraussichtlich bald auswirken werden, ja z. T. (in West-Litow) bereits begonnen haben, sich in die Tat umzusetzen.

Die Anwesenheit des Barons Rasen und des Grafen von Ranau in Berlin (Graf Bernhards Sohn) ist gänzlich in Frage gekommen (soll mit rein privaten Angelegenheiten zusammenhängen). In Wirklichkeit hat man sich wohl aus Zweckmäßigkeitsgründen gehalten, Herrn von Kühmann mitten aus den Besten Verhandlungen heraus zu entfernen.

Ueber

Die Empfänge beim Kaiser

besichtigte der „S. A.“ gestern abend: Den Beginn machte eine Besprechung, zu der der Kaiser den Kronprinzen empfing. Darauf kam Unterstaatssekretär von dem Busche, Hattenbach zum Vortrag, worauf der Reichskanzler Graf Hertling und Feldmarschall von Hindenburg gemeinsam vom Kaiser empfangen wurden. Nach Beendigung dieser Besprechung hielt der Kaiser den Feldmarschall — der, wie anzunehmen ist, mit General Ludendorff heute abend in die Grabenstraße hierste — noch längere Zeit zu gesondertem Vortrag zurück.

Auch Graf Bodeorn, dessen Gesundheitszustand ihm die Arbeit im Reichsamt wieder erlaubt, ist nach einer aus parlamentarischen Kreisen fließenden Meldung am Montag vom Kaiser empfangen worden.

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt unter der Ueberschrift: „Tafelchen und Gerichte“. Der Reichskanzler Dr. Graf Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Besprechungen gehabt. Eine vertrauensvolle Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zur Zeit hier anwesenden Seerückführern stattgefunden. Die Mitteilungen über einen heute eintreffenden Kronrat sind unrichtig. Es liegen keine sachlichen Differenzen vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangen.

Die Stellungnahme Graf Hertlings

zu den Fragen der großen Politik im Hauptausdruck wird voraussichtlich nicht schon am Mittwoch, sondern später erfolgen. Die Entwicklung der Dinge in West-Litow scheint einen gewissen Aufschwung zu erfordern.

Die polnische Frage

soll, wenn die neuerlichen Informationen Berliner Blätter zutreffen, keine Wandlung erleben. Wir möchten viele Anerkennung für nicht ganz zutreffend halten. Vielleicht dürfte die Annahme sein, daß über den Grad der Absicherung von den bisherigen Rückschlüssen noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt sind. Daß den überreichlichen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen wird, scheint ebenso selbstverständlich, wie doch den Bedürfnissen einer guten strategischen Grenzsicherung Deutschlands gegenüber dem neuen Königreich angemessene Rechnung getragen wird.

Der Wahlrechtsausfluß

In der am Montag fortgesetzten Aussprache des Wahlrechtsausflußes des Abgeordnetenhauses wies ein Kreis

konserverativer darauf hin, daß die Wahlrechtsvorlage im engeren Zusammenhang stehe mit dem preussischen Kommunalwahlrecht, auch die Aufgaben der Gemeinden befristet sich vielfach mit denen des Staates. Die Staatsregierung müsse angehen, wohnen mit dem Städtewahlrecht die Rechte gebe. Er müsse den Ausführungen widersprechen, daß das Königium die Führung in der Wahlrechtsfrage übernommen habe. Die Volkswirtschaft vom 11. Juli 1917 stelle eine Konzeption an einen Reichskanzler dar, der am 1. März lebte. Für das Ruralwahlrecht, das der Minister des Innern als das logische bezeichnet habe, müsse sich ein Schlüssel finden lassen. Der Minister des Innern führte aus, er könne nicht verprechen, ob eine alsbaldige Stellungnahme der Regierung zum Städtewahlrecht erfolgen werde. Erhebungen würden nötig sein. Es bestche ein wesentlicher öffentlich-rechtlicher Unterschied zwischen der Struktur des Staates und der Städte. Auf die Ausführungen eines nationalliberalen Redners wandte sich der Vizepräsident des Staatsministeriums gegen die Auslegung seiner Worte. Er halte es durchaus aufrecht, daß, wenn die Vorlage nicht zustande komme, in weiten Volkskreisen eine große Enttäuschung entstehen könnte, die dazu beitragen könnte, in diesen Kreisen den Gegensatz abzuschwächen. In Bezug auf die Kommunalwahlpolitik wolle die Regierung die Schwirrlinien, die sich als Folgeerscheinung aus dem gleichen Wahlrecht ergeben könnten, durchaus, aber auch ein Ruralwahlrecht würde nicht gerade erfreulichen Folgeerscheinungen mit hinhalten können. Zum Schluß des Deutschland müsse alles geschehen, aber es müsse auch alles vermieden werden, was als Kampfmittel gegen die Polen aufgeföhrt werden könne. Nach dem königlichen Erlass sollte die Vorlage so zeitig eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen bereits nach dem neuen Gesetz erfolgen könnten. Wenn vielleicht auch die Wahlperiode verlängert werden müsse, so müsse doch sofort nach Eintritt des Friedenszustandes die Durchführung des Landtages erfolgen. Der Minister des Innern führte aus: Die Politik in der Zukunft liege ob der Erhaltung des Deutschlands durch politische Maßnahmen ab. Er hege den Optimismus, daß auch das Abgeordnetenhaus hinsichtlich der Politik des Schutzes des Deutschlands nicht aufgeben werde. Repressive Maßnahmen würden unterbleiben können. Der Vizepräsident des Staatsministeriums erklärte, daß die preussische Staatsregierung die deutsche Meinung nicht ablehnen würde.

Keine Kaisernebenbittens-Glückwünsche!

Der Kaiser hat den Wunsch geäußert, daß auch in diesem Jahre sein Geburtstag nur durch ernste Feiern und Zusammenkünfte — wie in den Schulen und beim Sonntaglichen Gottesdienste in den Kirchen — begangen und von lauten festlichen Veranstaltungen tunlichst Abstand genommen werden möge. Auch veranlaßt die Rücksicht auf den belagerten polnischen Verkehr in Folge zu der Bitte, von der Uebermittlung von Glückwünschen abzuziehen und sich auf ein freundliches Gedenken und auf treue Beiträge zu beschränken.

Der polnische Religionsunterricht in Posen

Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: „Im Sommer vorigen Jahres hat, wie bereits bekannt, der Kultusminister angeordnet, daß da, wo bisher in Volksschulen der Provinz Posen nur der polnischen Sprache mächtigen Kindern der Unterricht in der Religion unterrichtet in deutscher Sprache erteilt wurde, für diese Kinder der Religionsunterricht in polnischer Sprache einzuführen sei. Wie wir hören, sind neuerdings die Regierung in Posen und Bromberg angewiesen worden, die Durchführung dieser Maßnahme tunlichst zu beschleunigen und dafür zu sorgen, daß, soweit irgend möglich, von Ostern 1918 ab der Religionsunterricht auf der Unterstufe der Volksschulen für die Kinder polnischer Muttersprache, die ohne ausweichende Kenntnis der deutschen Sprache in die Schulen eingetreten sind, bezogen werden kann.“

Verkannt.

Roman von Heda von Schmidt.

(Nachdruck verboten.)

„Natürlich ist er nicht abkömmlich, wir wissen doch, wieviel er zu tun hat, da hinten beim Urmahl“, rief Thea.

„Er wird schon seine triftigen Gründe haben“, stimmte Frau Hanneken bei.

An der Haustür schloß es — Trudchen Ehrlich und Lise Lenz, Theas ehemalige Schulfreundinnen, erschienen mit riesigen Blumensträußen bewaffnet.

„Heute müßt ihr mir doppelt herzlich gratulieren“, begrüßte Thea sie strahlend, „ich bekomme eine Schwägerin — endlich — mein Bruder Hans hat sich verlobt, und nach ein paar Tagen haben wir seine Braut bei uns — die Braut aus Ranada!“

In ihrer ausgelassenen Freude bemerkte Thea nicht gleich, daß hinter den beiden jungen Mädchen noch eine dritte Person in den dümmrigen Korridor gestritten war — ein schlanker, dunkelhaariger junger Mensch mit einem schmalen, bartlosen, intelligenten Gesicht.

„Ah, da sind Sie ja, Heino“, rief sie dann, als er vor ihr stand: „O, die schönen Zeiten! Viel zu viel Geld haben Sie verquaddelt. Die sparame Tante Riete wird Sie schelten“, fügte sie scherzend hinzu.

Tante Riete wohnte in einem Hause mit Gröndings, einen Stod höher, und hatte die eine ihrer Stuben Heino Gelters, dem Sohne einer verstorbenen alten guten Freundin vermietet. Heino Gelters, der sich zum Schauspieler ausbildete, war mit Gröndings feineswegs geeignet. — Der lippige Geburtstagsstraß, den er Thea überreicht hatte, folgte ihm sein heutiges Mittagsessen. Er hatte jedoch Thea zu Biete gern noch ein paar Tage länger gestofft.

„Kinder“, rief Thea übermüht, „nun wollen wir Hansens Verlobung, wie es sich gehört, feiern. Die Festrede hält Schwager Franz, der sippig so etwas ja einfach aus dem Handgelenk, als Ordinarius der Unterprima. Wenn's sein muß, auch auf Latein.“

Der Dozentler Doktor Haendler, ein hochgewachsener, noch jugendlicher, bräunlicher Herr mit gelblichen Zügen, dunklen Augen und gutem Humor, der als letzter Geburtstagsgast bald darauf erschien, nahm die neueste Familiennachricht mit sichtlichem Vergnügen auf.

„Großartig“, meinte er, ein exotisches Familienmitglied, das natürlich nur englisch oder spanisch spricht.“

„Und ich kann kein Sterbenswort englisch“, bemerkte Frau Grönding bedrückt.

„Liebe Mama“, tröstete der Doktor launig, „ein Händedruck besagt oft viel mehr als Worte. Du breitest deine schwiegermütterlichen Arme herzlich aus, und der fremde Vogel fliegt dir vertrauensvoll aus Herz.“

„Wenn sie Hansemann heiraten will, muß sie natürlich schleunigst Deutsch lernen“, entsetzte Tante Riete.

„Zawohl! — und die Rodolphe besuchen, um die ich mich bisher „mit List und Schläge“ herumgedrückt habe“, fügte Thea lachend hinzu. „Wohlleibt ist sie sehr vornehm, und es fällt ihr gar nicht ein, am Hochherd zu stehen. Am Ende ist sie gar eine Art Döllerprinzessin.“

„Deutschen Sprachunterricht kann Franz ihr geben“, verfolgte Tante Riete ihre Idee weiter.

Dagegen erhob Frau Hanneken Einsprache: „Wo denkst du hin, Tante Riete — Franz weiß sowieso nicht, wie er mit seiner knappen Zeit auskommen soll.“

Frau Hanneken war nämlich im gebelnen ein bißchen eifersüchtig auf ihren Neuen und liebenswürdigen Gatten, obgleich sie ganz und gar keinen Grund hierfür hatte.

Doktor Haendler strich sich lächelnd seinen kleinen dunklen Schnurrbart. Er durchschaute seine Frau, ihre gelegentliche Eifersucht amüsierte ihn. Er hatte sie herzlich lieb mit all ihren kleinen, echt weiblichen Fehlern und Schwächen.

„Zawohl, ledert fehlt es mit vollkommener Anzeit“, versicherte er ernsthaft. „Wie wär's aber mit Ihnen, lieber Heino? Sie haben doch Ihr Abitur nicht allzu lange hinter sich.“

Aber nun legte Tante Riete lebhaft ein veto ein. „I bewahre, dazu hat der Heino nicht das Zeug. Den Monolog aus der Jungfrau von Orleans oder das ewig Uebliches könnte er

nis der deutschen Sprache in die Schulen eingetretten sind bezogen, eintreten, in polnischer Sprache erteilt werden kann.“

Bis jetzt ist im Verlaufe der oben bezeichneten Anordnung des Kultusministers Religionsunterricht in polnischer Sprache für die nur polnisch sprechenden Kinder der Unterstufe in 130 Schulen der Provinz neu eingerichtet worden. Da aber in 1400 von den 1756 katholischen und paritätischen Volksschulen der Provinz Polen Religionsunterricht auf der Unterstufe auch schon früher in polnischer Sprache erteilt wurde, so empfangen in der Provinz Polen die nur polnisch sprechenden Kinder der Unterstufe diesen Unterricht schon jetzt in 87 Prozent aller katholischen und paritätischen Schulen in ihrer Muttersprache.“

Man hofft also noch immer die Polen zu „gewinnen“.

Ausland

Beginn der polnischen Rekrutierungen

Warschau, 13. Januar. Der „Glos“ meldet, daß am 10. Januar die Rekrutierung für das polnische Heer begonnen hat und von da ab in ganz Polen durchgeführt werden wird.

Sitzung der Stadtverordneten

Merseburg, 14. Januar.

Anwesend waren 20 Stadtverordnete. Der Magistrat war vertreten durch 1. Bürgermeister Hertzog, Bürgermeister Dr. Robjeha, sowie die Stadträte Barth, Ziele, Planenburg, Schmidt und Döbrowitz.

Zu Beginn der Sitzung hielt Stv.-Vorsteher Landesrat Bohl eine Begrüßungsansprache, in der er ausführte, daß die heuchlerischen Reden der englischen und französischen Staatsmänner uns beweißen, daß nur das Schwert uns über alles Lob erheben werde, das Selbstvertrauen Hindenburgs und Ludendorffs nur der Sieg Deutschlands Zukunft sichern wird. Der Ausgang des Krieges ist nicht nur für die Massifizierung unseres Reiches entscheidend, sondern auch maßgebend für die Entwicklung des bürgerlichen Wiens, der Gemeinde- und Stadtverwaltungen. So wird auch nur der Sieg unsere Stadt einer glücklichen Zukunft entgegenführen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Stv.-Vorsteher Landesrat Bohl einige Eingänge bekannt, von denen wir erwähnen wollen, daß die Siechlingsgesellschaft in einer Sitzung beschlossen hat, 3 Prozent Dividende auszuschildern. Der Beitrag für den Arbeitsnachweis-Verband Siedler-Thüringen wurde von 50 auf 80 Mark erhöht.

Sodann trat man in die Tagesordnung ein. Die Vorlagen zu den einzelnen Punkten haben wir mit Auszügen aus den Begründungen des Magistrats unseren Lesern bereits mitgeteilt. Zuerst erfolgte die

Wahl des Vorstandes der Stadtverordnetenversammlung.

Gewählt wurden Landesrat Bohl als Stadtverordnetenvorsteher, Stadtverordneter Krauseheim als stellvertretender Vorsteher, Rechnungsrat Eichardt als Schriftführer und Postsekretär Schenke als stellvertretender Schriftführer.

Als 2. Punkt stand die

Wahl der Wahlkommission

auf der Tagesordnung. Stv.-Vorsteher Bohl hat, von seiner Wiederwahl abzusehen. Die Wahl ergab folgendes Resultat: Gewählt wurden die Stadtverordneten Rügow mit 20 Stimmen, Krauseheim mit 20, Schenke mit 19, Eichardt mit 18, Volkstath mit 15 und Dietrich in der Stichwahl.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung

Uebung des Krankenhauses mit Militärkranken nach Friedensschluß (Vorlage bereits von uns veröffentlicht, S. 2) der städt. San. Krauseheim. Die Vorlage wurde ohne Debatte angenommen.

Gebno wurde die von uns früher veröffentlichten Maßnahmsentwürfe über

der Kanabierin allenfalls einzustudieren. Aber richtiger Unterricht, so mit Grammatik und Diktat — nein, Kinder, das ist nichts für ihn.“

„Deutsch lernt sie schon nach und nach in der Familie am besten und gründlichsten“, sagte Frau Grönding.

Nach dem Essen wollten die jungen Mädchen durchaus tanzen. Thea war heute ganz außer Rand und Band. Sie steckte ein paar von den halbaufgeblühten Rosen, die Heino ihr gebracht hatte, in den breiten durchbrochenen Rahmen, in dem ihres Bruders Bild auf dem Schreibtisch des seligen Rechnungsrats in der Ehtube stand und veranlaßte Tante Riete, mit ihrem altermodischen Walzer zu spielen. Zuerst tanzte sie mit ihrem Schwager, dann mit Heino. Ihre tannensichere Gestalt war so sehr labeller Grazie und Blicksamkeit, daß der Doktor unwillkürlich bewundernd sagte:

„Dennerrichter. Wädel, tanzen kannst du!“

„Kind, du kannst tanzen — wie meine Frau...“ lang Thea übermüht und wiegte ihr dunkles Äpfchen mit den lachenden Augen im Walzertakt hin und her. Sie meinte, noch niemals einen so vergnüglichen Geburtstag gefeiert zu haben als heute; als Schweser und Schwager sich als die letzten Gäste verabedete hatten, rief sie ihnen lustig über das Treppengeländer nach: „Es lebe die Braut aus Ranada!“

„Dieser Ueberchwang bei Thea!“ jagte Frau Hanneken mit leisem Zadel, als sie am Arm ihres Mannes der Haltestelle der Elektrischen zufrüht. „Sie ist rein weg vor Entzügen über Hansemanns Braut, die uns, wie ich fürchte — ich habe das nämlich so im Gefühl — noch recht unliebame Ueberraschungen bereiten wird.“

Als Frau Hanneken dann im Zimmer, in dem ihre beiden Buben schliefen, vor den weißgeputzten Gitterbetten stand, ihre Uebliche garlich betrat und die blau und weiß gemärlten Weißbuden glatt strich, da hatte sie doch ein wenig ein böses Gewissen. Sie tat bei solchen Anlässen immer das ihr Nächliegende: sie legte ihrem geliebten Franz eine kleine Beichte ab...

(Fortsetzung folgt.)

